

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“

Kurzprotokoll

5. Sitzung

Öffentliche Sitzung

Berlin, 20. September 2006, 17:00 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: E.700

Vorsitz: Dr. Michael Bürsch, MdB

1. Unterrichtung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über die Ergebnisse des 2. Freiwilligensurveys
2. Unterrichtung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über den Evaluationsbericht über die Erfahrungen mit den neuen Gesetzen zur Förderung von einem freiwilligen sozialen Jahr bzw. einem freiwilligen ökologischen Jahr (FSJ-/FÖJ-Gesetze) - BT-Drs. 16/2191
3. Verschiedenes

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Unterausschusses

CDU/CSU

Blumenthal, Antje
Grübel, Markus
Riegert, Klaus
Schiewerling, Karl

SPD

Bürsch, Dr. Michael
Kumpf, Ute
Reichenbach, Gerold
Rix, Sönke

FDP

Laurischk, Sybille

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Haßelmann, Britta
Gehring, Kai

Entschuldigt:

Winkelmeier-Becker, Elisabeth (CDU/CSU)
Gerster, Martin (SPD)

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Bundesregierung

Schenkel, Dr. Martin (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

Bundesrat

Weinmann, Cornelia (Rheinland-Pfalz)

Fraktionen

Stein, Thomas (FDP)

Wirth, Dr. Silvia (DIE LINKE.)

Der **Vorsitzende** eröffnet die 5. Sitzung des Unterausschusses "Bürgerschaftliches Engagement" und ruft **Tagesordnungspunkt 1 - „Berichterstattung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über die Ergebnisse des 2. Freiwilligen-survey“** auf. Er begrüßt als Berichterstatter aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Martin Schenkel.

Dr. Martin Schenkel (BMFSFJ) weist darauf hin, dass der 2. Freiwilligen-survey sowie eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse auf der Internetseite des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend abrufbar seien. Die als Tischvorlage verteilte PowerPoint-Präsentation (UA-Drs. 16/012, aktualisierte Fassung), die Basis für seinen Vortrag sei, könne dem Protokoll beigelegt werden.

Die Befragung in der Haupterhebung sei im Sommer 2004 abgeschlossen gewesen. Etwa 15.000 deutschsprachige Bürgerinnen und Bürger in Privathaushalten ab 14 Jahren seien telefonisch befragt worden. Die Auswahl der Stichprobe sei nach dem Zufallsprinzip erfolgt. Durch eine Gewichtung sei sichergestellt worden, dass die Stichprobe auf die Verteilung nach Bundesländern, Gemeindegrößenklassen, Geschlecht und Altersgruppen mit der amtlichen Bevölkerungsstatistik übereinstimme. Die Stichprobe sei zudem disproportional angelegt worden, damit bei den vergleichenden Länderanalysen auch kleinere Länder mit einer bestimmten Mindestfallzahl vertreten seien.

Die aus der Befragung gewonnenen Daten basierten auf zwei Datensätzen. Zum einen auf dem Personendatensatz, der freiwillig engagierte Personen erfasse und bei dem jede Person nur ein Mal gezählt werde. Zum anderen auf dem Tätigkeitendatensatz, der Angaben über die Engagementtätigkeiten der einzelnen Befragten enthalte. Hier seien Mehrfachnennungen möglich gewesen.

Der Freiwilligen-survey unterscheide zwischen Gemeinschaftsaktivität und freiwilligem Engagement. Gemeinschaftsaktivitäten seien die bloße Beteiligung in Vereinen, Organisationen, Gruppen, und Einrichtungen außerhalb von Beruf und Familie. Als freiwilliges Engagement werde dagegen die Übernahme von Aufgaben oder Arbeiten, z. B. als Trainer in einem Verein, bezeichnet. Zum Beispiel: Auf die Frage: „Sind Sie aktiv?“, hätten 70 % der über 14-jährigen Befragten mit „ja“ geantwortet. Aktiv in diesem Zusammenhang heiße: Mitglied-

schaft in einem Verein oder eine anderweitige Bindung, ohne Verantwortungsübernahme als Vorsitzender, Trainer o. ä. Auf die Frage nach der konkreten Tätigkeit könne es dann durchaus mehrere Antworten geben.

Vergleiche man die Daten von 1999 und 2004, ergebe sich folgendes Bild: Die Engagementquote sei von 34 % (1999) auf 36 % im Jahr 2004 gestiegen. Das seien mehr als 23 Mio. Menschen. 32 % der Befragten (1999: 26 %) wären zudem bereit, sich freiwillig zu engagieren. Der Prozentsatz derjenigen, die sich nicht engagierten und auch keine Lust dazu hätten, sei von 40 % auf 32 % gefallen.

Die Gruppe der 14- bis 25-Jährigen stelle die aktivste Gruppe mit dem höchsten Engagementpotenzial dar. Das freiwillige Engagement sei mit 36 % - im Vergleich zu anderen Altersgruppen - höher. Das Engagementpotenzial der Jugendlichen liege mit 43 % deutlich höher als das durchschnittliche Engagementpotenzial aller Befragten.

Die Untersuchungsergebnisse für Männer und Frauen zeigten, dass das freiwillige Engagement der Männer auf einem Niveau von 39 % verharre, während sich der Prozentsatz der an Gemeinschaftsaktivitäten teilnehmenden Männer von 29 % auf 33 % erhöht habe. Der Prozentsatz der „Nicht-Aktiven“ sei von 32 % auf 28 % gesunken. Bei den Frauen lasse sich eine Steigerung des freiwilligen Engagements von 30 % auf 32 % feststellen. Der Prozentsatz der „nicht-aktiven“ Frauen sei – von der Tendenz her ähnlich wie bei den Männern – von 36 % auf 33 % gesunken. Der neue Survey zeige, dass sich mehr Männer als bisher in „typisch weiblichen“ Engagementbereichen wie Schule und Kindergarten sowie im sozialen Bereich engagierten, dagegen seien Frauen in Leitungs- und Vorstandsfunktionen immer noch deutlich unterrepräsentiert.

In der Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen gebe es eine signifikante Änderung. Im Engagementbereich habe es einen Sprung von 31 % (1999) auf 37 % (2004) gegeben. Die Aktivitätsquote sei hingegen relativ gleich geblieben. Die Quote der „Nicht-Aktiven“ sei dagegen von 39 % auf 30 % gesunken. Die Engagementquote bei den über 69-Jährigen nehme aus gesundheitlichen und anderen Gründen deutlich ab. Die signifikant höhere Engagementquote der 60- bis 69-Jährigen erkläre sich zum einen dadurch, dass Engagierte aus der Altersgruppe der 55- bis 60-Jährigen „nachgewachsen“ seien, zum anderen aus der schwierigen Arbeitsmarktsitua-

tion für ältere Menschen. Das im Vergleich zu anderen Altersgruppen geringe Engagementpotenzial sei von 13 % (1999) auf 19 % im Jahr 2004 gestiegen.

Insgesamt stellten sowohl Ältere als auch Jugendliche verlässliche Säulen des Engagements dar. Betrachte man aber Engagementquote und -potenzial insgesamt, so ergebe sich, dass die Jugendlichen die aktivste Gruppe mit dem höchsten Engagementpotenzial darstellten. Dieses Potenzial gelte es abzurufen und zu nutzen.

Bei Arbeitslosen sei sowohl die Engagementquote als auch das Engagementpotenzial deutlich gestiegen. Im Gegensatz zu 1999 (23 %) lag die Engagementquote 2004 bereits bei 27 %, das Engagementpotenzial erhöhte sich von 37 % auf 48 % und sei damit außerordentlich hoch. Arbeitslose machten mit ihrem Engagement zum einen ihren Anspruch auf gesellschaftliche Beteiligung deutlich und wollten zum anderen damit ihre Interessen vertreten. Der Prozentsatz der Arbeitslosen, die weder freiwillig engagiert, noch dazu bereit seien, sei dagegen von 40 % auf 25 % gefallen.

Im Vergleich zwischen den Regionen lasse sich konstatieren, dass das freiwillige Engagement in den neuen Bundesländern stark zugenommen habe. In den neuen Ländern liege es jetzt bei 31 % (1999: 28 %), in den alten Ländern bei 37 % (1999: 36 %). Deutlich gestiegen sei auch das Engagementpotenzial. Träger dieser Entwicklung in den neuen Ländern seien die Frauen sowie Menschen im Alter zwischen 31 und 65 Jahren, die ihr Engagement deutlich gesteigert hätten. Insgesamt sei in den neuen Ländern die Infrastruktur des freiwilligen Engagements dichter geworden. Ein Besonderheit im Vergleich zu den alten Ländern gebe es: In den neuen Ländern kämen Freiwillige häufiger durch eigene Initiative zu ihrer freiwilligen Tätigkeit als in den alten Ländern.

Wie auch schon 1999 seien 2004 die größten Engagementbereiche „Sport und Bewegung“ gewesen (11 %), gefolgt von den Bereichen „Schule und Kindergarten“ (7 %) sowie „Kirche und Religion“ (6 %). Am stärksten zugenommen habe das Engagement im sozialen Bereich (1999: 4 %, 2004: 5,5 %). Vereine stellten nach wie vor mit 43 % das wichtigste Umfeld für das Engagement dar.

Die Motivlage der Engagierten lasse sich durch drei Stichworte darstellen: Gemeinwohlorientierung, Geselligkeitsorientierung und Interessensorientierung. Freiwillig Engagierte erhoben zum einen den Anspruch, die Gesellschaft mitzugestalten, zum anderen wollten sie mit anderen Engagierten zusammenkommen und mit diesen gemeinsam „etwas“ bewegen. Der Survey zeige, dass der persönliche Einsatz vieler Engagierter hohe Anforderungen an ihre soziale Kompetenz, an ihre Belastbarkeit, ihre Einsatzbereitschaft und an ihr Organisationstalent stellten. Belohnt werde das Verhalten durch ein positives Lebensgefühl. Freiwilliges Engagement bereite Spaß, führe Menschen zusammen und ermögliche neue Erfahrungen.

Jüngere, arbeitslose Engagierte und Engagierte in den neuen Bundesländern trügen zunehmend eigene Interessenlagen sowie berufliche Aspekte in das freiwillige Engagement hinein. Sie sähen ihre Tätigkeit durchaus als gemeinwohlorientiert an, fügten dieser Motivation aber eine Interessensorientierung persönlicher Art hinzu. Bei älteren Engagierten spielte das hingegen nur eine geringe Rolle. Bei ihnen stehe mehr die soziale Verpflichtung des Engagements im Vordergrund. Interessant in diesem Zusammenhang sei, dass das Engagement Älterer zunehmend der eigenen Altersgruppe zugute komme, also nicht generationsübergreifend ausgerichtet sei. Einen ähnlichen Trend könne man auch bei den Jugendlichen beobachten. Dies sei ein nicht unproblematischer Befund, denn er zeige, dass sich Jüngere und Ältere tendenziell gegeneinander abschotteten. Es gebe nur wenige Engagementschnittstellen. Ein zivilgesellschaftlicher Generationenvertrag zwischen Alt und Jung zeichne sich nicht ab.

Die meisten engagierten Bürgerinnen und Bürger seien Vertreter einer von Bildung und Einkommen her gut ausgestatteten Mittelschicht. Zwar habe das Engagement von materiell schlechter ausgestatteten Gruppen (z. B. Arbeitslose) zugenommen, zahlenmäßig seien sie jedoch nur gering vertreten. Migrantinnen und Migranten seien zu einem deutlich geringeren Teil freiwillig engagiert als der bundesdeutsche Durchschnitt. Das Engagement dieser Gruppe finde im Wesentlichen innerhalb der eigenen Ethnie statt. Zwar gebe es bei Personen mit Migrationshintergrund große Potenziale in der Mittelschicht, jedoch würden diese kaum aktiviert. Diese Ergebnisse führten zu dem Schluss, dass darüber nachgedacht werden müsse, wie leichtere Zugänge zum Engagement für partizipationsarme und bildungsferne Schichten sowie Migrantinnen und Migranten geschaffen werden könnten.

Die Engagementquote von Frauen sei zwar gestiegen, jedoch hemme die Doppelbelastung von Beruf und Familie weiterhin deren Engagement. Das Engagement von Männern und Frauen folge oftmals noch den tradierten Geschlechterrollen: Männer übten wesentlich häufiger Leitungs- und Vorstandsfunktionen aus. Das betreffe auch Bereiche, die mit großer Mehrheit von Frauen besetzt seien. An dem typischen Unterschied, dass Männer in den Organisationen führten und repräsentierten, Frauen sich dagegen vermehrt dem helfenden und betreuenden Dienst am Menschen widmeten, habe sich bisher wenig geändert.

Aus dem vorhandenen Datenmaterial des Freiwilligensurveys seien bereits einige Spezialuntersuchungen hervorgegangen: Freiwilliges Engagement in den Bereichen Sport, Kirche und Religion, in sozialen Einrichtungen sowie zu generationsbezogenen Aspekten des Freiwilligensurveys und zu Fragen der öffentlichen Betreuung von Vorschulkindern. Analytische Vertiefungen gebe es zum Engagement von Jugendlichen, älteren Menschen, Frauen und Männern sowie Migrantinnen und Migranten. Zudem gebe es Einzelstudien zum Engagement in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Abg. **Gerold Reichenbach** (SPD) fragt, inwieweit durch die Erhebungsmethode die gesellschaftliche Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen erfasst werden konnte? Seine zweite Frage betreffe das Engagement von Migrantinnen und Migranten. Er wisse, dass es in diesem sozialen Umfeld viel Engagement gebe, was aber formal nicht als solches ausgewiesen sei und nicht den klassischen deutschen Vorstellungen entspreche. Sei mit der Untersuchungsmethodik dieses Engagement erfasst worden?

Abg. **Antje Blumenthal** (CDU/CSU) bezieht sich in ihren Fragen auf den Verbesserungsbedarf für bürgerschaftliches Engagement. Sie erläutert, dass knapp 30 % der freiwillig Engagierten angegeben hätten, dass sie durch den Arbeitgeber unterstützt worden seien, während über 50 % auf keinerlei Unterstützung zurückgreifen konnten. Sie könne sich darüber hinaus Arbeitsbereiche vorstellen, in denen Engagement nicht gern gesehen sei. Habe die Untersuchung hierüber Erkenntnisse erbracht?

Weitere Fragen seien: Welche Formen der Anerkennung sind nach Ansicht der Engagierten notwendig? Haben die Ergebnisse verlässliche Zahlen für das Engagement von Migrantinnen

erbracht? Welche Rolle könnten Mehrgenerationenhäuser beim intergenerativen Dialog spielen?

Abg. **Ute Kumpf** (SPD) weist darauf hin, dass ihren Eindruck bestätigt finde, dass sich in den letzten Jahren an der geschlechtsspezifischen Engagementverteilung nichts geändert habe. Insbesondere der Bereich Sport habe Veränderungen herbeiführen wollen. Sie wolle wissen, ob über die geschlechtsspezifische Engagementverteilung im Sport, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder beim Roten Kreuz neue Erkenntnisse vorlägen? Ihre zweite Frage ziele darauf, ob mit den Untersuchungsinstrumenten das spezifische Engagement von Migrantinnen und Migranten ausreichend erfasst werden konnte? Abschließend interessiere sie, ob bei den Telefoninterviews neben den Festnetzanschlüssen auch Mobilfunknummern einbezogen worden seien?

Dr. **Martin Schenkel** (BMFSFJ) erläutert, dass die Untersuchung methodisch das Engagement von Frauen im weitesten Sinne erfasst habe. Um verlässliche Zahlen zu erhalten, seien auch nicht eingetragene Organisationen und Vereine oder informelle Projekte mit untersucht worden, um das Engagement der Frauen in den unterschiedlichen Bereichen und Formen abzubilden.

Die jüngsten Daten des statistischen Bundesamtes zeigten, dass immer mehr Frauen berufstätig seien. Er könne sich vorstellen, dass dies mittel- bis langfristig auch eine Verschiebung in der Rollenverteilung beim Engagement, insbesondere in Leitungs- und Führungspositionen, zur Folge haben werde. Die Studie „Bürgerschaftliches Engagement und Management“, in der Organisationen befragt worden seien, habe z. B. gezeigt, dass die Eliten vorwiegend männlich und verheiratet seien sowie eine Familie hätten, die sie weitgehend von familiären Arbeiten entlaste, damit sie ihr Ehrenamt ausüben könnten. Frauen, die sich entschieden im Engagementbereich Führungs- und Managementfunktionen zu übernehmen, hätten oftmals das Gefühl, dadurch ihre Familie vernachlässigen zu müssen. Es gebe jedoch zu wenig verlässliche Zahlen, um konkrete Aussagen hierzu treffen zu können. Trotzdem zeige sich auch hier der vorher angesprochene Trend. Das Projekt Mehrgenerationenhäuser böte jedoch eine Möglichkeit, neue Rollen auszuprobieren. Der Freiwilligensurvey zeige jedoch die Weiterexistenz unterschiedlicher Engagementprofile der Geschlechter.

Mit der Befragungsmethode „Telefoninterview“ könnten zwangsläufig nur deutsch sprechende Migrantinnen und Migranten erreicht werden. Der im 2. Freiwilligensurvey genannte Prozentsatz von 23 % spiegle diese Tatsache wieder. Die Zahl erscheine ihm zu hoch. Deshalb sei eine spezielle Untersuchung zum bürgerschaftlichen Engagement von Türkinnen und Türken vom Zentrum für Türkeistudien in türkischer Sprache durchgeführt worden. Nach diesen Ergebnissen engagierten sich rund 10 % der Türkinnen und Türken über eine reine Mitgliedschaft hinaus. Die Studie stellt zudem ein hohes Engagementpotenzial fest. Die Zahlen zeigten, dass diese noch geringe Engagementquote sich steigern ließe, wenn es gelänge, die Interessierten zu motivieren und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen und Gelegenheitsstrukturen zu schaffen. Deutlich werde auch, dass mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Deutschland die Engagementbeteiligung tendenziell zunehme. Die meisten Engagierten seien im Bereich Religion, Sport und Bewegung sowie Freizeit und Geselligkeit zu finden.

Die Unterarbeitsgruppe „Ehrenamt“, die im Rahmen der Erarbeitung eines „Nationalen Integrationsplans“ tätig sei, solle auch Vorschläge für die Erschließung dieses Engagementpotenzials und für die Schaffung leichterer Zugänge zum Engagement für Menschen mit Migrationshintergrund machen.

Er wisse nicht, ob auch Mobilfunknummern einbezogen worden seien. Er nehme diese Anregung aber für die nächste Untersuchung auf.

Abg. **Karl Schiewerling** (CDU/CSU) stellt fest, dass das persönliche Engagement ein Bereich sei, den sich die Menschen nach ihrer Neigung aussuchten. Hierauf politisch-gestaltend einzuwirken – in die eine oder andere Richtung –, halte er für wenig Erfolg versprechend.

Zur Methodik der Untersuchung habe er folgende Fragen: Ist die Dauer des Engagements in den verschiedenen Altersgruppen abgefragt worden? Gibt es Unterschiede im Engagementverhalten der Menschen zwischen den Bundesländern? Sind bei der Beurteilung der Gesamtsituation im Engagementbereich auch andere sozialwissenschaftliche Untersuchungen herangezogen worden, z. B. die Sinus Studie? Sind Arbeitgeber befragt worden?

Abg. **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, welche Handlungsempfehlungen sich für die Bundesebene aus der Untersuchung ableiten ließen, um weitere Zugänge

zum Engagement zu eröffnen. Ihr werde vermittelt, dass es für jemanden, der sich bisher nicht engagiert habe, aber engagieren wolle, schwer sei, trotz Freiwilligenagenturen, einen Zugang zu finden.

Es gebe in der Zwischenzeit einige Projekte, die eine Zusammenarbeit zwischen Jung und Alt vorsähen. Trotzdem zeige der 2. Freiwilligenurvey, dass der gewünschte „neue“ gesellschaftliche Generationenvertrag sich nicht weiter entwickle. Welche Handlungsmöglichkeiten gebe es, diesen Prozess voranzubringen?

Abg. **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt fest, dass das hohe Engagementpotenzial bei den Jugendlichen erfreulich sei. Dieses Potenzial dürfe nicht brach liegen, sondern müsste aktiviert werden. Es müssten neue Zugänge zum Engagement gefunden werden, insbesondere für diejenigen, die sich bisher nicht engagierten. Als besonders erfreulich und wichtig sei für ihn das Ergebnis des Surveys, dass Interessensorientierung der Jugendlichen auch mit Lernbereitschaft gekoppelt sei.

Abg. **Klaus Riegert** (CDU/CSU) stellt positiv fest, dass eine starke Mittelschicht ein Garant für ein starkes gesellschaftliches Engagement sei. Die errechneten Prozentsätze für das Engagementpotenzial sehe er kritisch. Dem Wert haften das Stigma an, dass es eine theoretische Größe sei, die ihre Praxistauglichkeit nicht beweisen müsse.

Zum Engagementzugang: Die meisten Vereine und Organisationen handelten bei der Suche nach Engagierten nach dem Prinzip, dass für einen bestehenden institutionellen Bedarf ein geeigneter Kandidat gesucht werde. Der persönlichen Neigung des Engagementsuchenden werde dagegen nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Dieses Prinzip müsse umgekehrt werden, erst Neigung, dann Eignung und dann der Bedarf. Engagierte wollten sich heute auch „verwirklichen“ und nicht nur „dienen“. Diesem Wandel im Engagementverhalten müssten auch die Strukturen angepasst werden.

Dr. Martin Schenkel (BMFSFJ) stimmt dem Abg. Riegert zu, dass das Engagementpotenzial eine theoretische Größe sei. Trotzdem: Die Untersuchungsmethodik habe hierzu valide Zahlen geliefert. Wichtig sei für ihn die sich daraus ergebende Tendenz. Diese mache deutlich, dass mehr individuelle und institutionelle passgenaue Formen für das Engagement gebraucht

würden. Auch bestehende Programme müssten in dieser Hinsicht überprüft werden, ob sie dies gewährleisten.

Die Studie zeige, persönliche Interessensorientierung stehe nicht im Widerspruch zu Tugenden wie Hilfsbereitschaft und Übernahme öffentlicher Verantwortung. Insbesondere Jugendliche und arbeitslose Menschen in den neuen Bundesländern schöpften ihre Motivation für ihr Engagement aus der Interessensorientierung. Bürgerschaftliches Engagement werde damit in einem gewissen Maße als informeller Lernort funktionalisiert und instrumentalisiert. Dieser Entwicklung müssten sich auch Vereine und Organisationen bei ihren Engagementangeboten stellen und Passungen anbieten. Auch bei den staatlichen Programmen gelte es zu hinterfragen, inwieweit kommunikative Schnittstellen und Gelegenheitsstrukturen – für Jung und Alt – geschaffen werden könnten. Dies zu bewerkstelligen sei - seiner Meinung nach - die Aufgabe des aktivierenden Staates.

Das Ziel von Förderprogrammen müsse es darum auch sein, diese Erkenntnisse umzusetzen und z. B. für bildungs- und partizipationsferne Schichten neue Zugänge zum Engagement zu schaffen. Das BMFSFJ plane im Bereich Freiwilligendienste ein Projekt, das sich der Förderung benachteiligter Jugendlicher widme. Zur Finanzierung würden Mittel aus dem ESF-Fonds zur Verfügung stehen, die allerdings aus dem KJP kofinanziert werden müssten.

Bürgerschaftliches Engagement sei ein informeller Lernort sui generis. In dem Projekt „Kompetenzbilanz“, was das Bundesministerium für Bildung und Forschung und das Deutsche Jugendinstitut gemeinsam mit der Lufthansa und dem Unternehmen Miele erarbeitet hätten, komme der Gedanke des Lernens deutlich zum Tragen. Die Wirtschaft beginne den Engagementbereich als genuinen (Fort-)Bildungsbereich zu entdecken, weil in ihm spezielle Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt würden. In dieser Entwicklung liege eine große Entwicklungschance für den Dritten Sektor.

Der Survey habe Individuen befragt und keine Organisationen, also auch keine Arbeitgeber.

Abg. **Ute Kumpf** (SPD) weist darauf hin, dass das Haushaltsgesetz heute in erster Lesung behandelt worden sei. Sie schlage vor, sich in einer „Sondersitzung“ des Unterausschusses mit den Haushaltsansatz 2007 für Freiwilligendienste zu befassen.

Abg. **Klaus Riegert** (CDU/CSU) regt an, zu dieser Sitzung auch die Berichterstatter aus dem Haushaltsausschuss einzuladen.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass es keinen Widerspruch gegen diesen Vorschlag gibt. Er schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 2 „Evaluationsbericht über die Erfahrungen mit den neuen Gesetzen zur Förderung von einem freiwilligen sozialen Jahr bzw. einem freiwilligen ökologischen Jahr (FSJ-/FÖJ-Gesetze)“ - aufgrund der wenigen heute noch zur Verfügung stehenden Zeit - ebenfalls in der Sitzung am 25. Oktober 2006 zu behandeln. In diesem Zusammenhang könne der Unterausschuss auch den Beschluss des Bundestages „Zukunft der Freiwilligendienste, BT-Drs. 15/5175“ - insbesondere Freiwilligendiensteplan und Freiwilligendienstegegesetz - in die Diskussion mit einbeziehen.

Sitzungsende: 18:40 Uhr



Dr. Michael Bürsch